

sich in der Moldau widerspiegeln. Vieles Prag, das in seiner langen Geschichte auch von alter deutscher Kultur unerschöpfbare Werte ererbt hat, gleicht schon an sich einem Festgewande. In diesen Tagen der Wenzelsfeier hat es sich im Zeichen seines Landespatrones selbst übertroffen.

Wir deutschen Katholiken leben in der St. Wenzelsfeier in erster Linie die religiöse Manifestation. Wie die Kirche ihre Landespatrone, Kirchen- und Gemeindepatrone kennt, so zählen auch Landespatrone nicht zu den Seltenheiten. Ungarn verehrt seinen hl. Stefan, Frankreich seine Jeanne d'Arc, Deutschland seine hl. Elisabeth. Eine Gefahr dieses an sich ehrenwerten Brauches läßt sich freilich nicht leugnen, daß nämlich in stärker bewegten politischen Zeitaltern die religiöse Idee dieser Landespatrone zugunsten gewisser politischer Bestrebungen verläßt, die nur in den Augen kurzfristiger Menschen Sinn und Bedeutung haben. Die Epoche des Nationalismus in Europa ist noch keineswegs überwunden. Der nationale Heilige muß eine religiöse Persönlichkeit bleiben. Damit wollen wir nicht sagen, daß man in Prag diesen Grundgedanken verleugnet hätte. In den kirchlichen Kreisen Prags hat man die gesamte Jahrtausendfeier sicherlich in dieser Weise aufgefaßt und durchgeführt. Wenn vielleicht in staatlichen Kreisen in stärkerem Maße politisch-nationale Gesichtspunkte für die aktive Mitwirkung an der Feier maßgebend waren, so darf man nicht vergessen, daß in dieser Regierung die Katholiken schließlich nur prozentual vertreten sind. Wenn Präsident Masaryk noch vor wenigen Monaten in einem Interview erklärte: „Der hl. Wenzel ist mir eine sympathische Persönlichkeit. Er hat das Christentum und die Kirche unterstützt, und diese war in seiner Zeit ein verdienstvolles Werk, ein Werk der Kultur und des Fortschrittes“, so scheint es, als ob der Präsident das gleiche für unsere Zeit nicht mehr zu bekennen wage. Man wird bei dieser Aeußerung erinnert an die Beteiligung der tschechischen Regierung an der Husefeier, die vor wenigen Jahren zur Abreise des päpstlichen Nuntius Narmaggi aus Prag führte. Inzwischen haben sich Staat und Kirche in der Tschechoslowakei wieder ausgeglichen. Kommt heute durch Nuntius Mgr. Ciriaci in Prag vertreten. Wir würden einen weiteren Fortschritt in dem positiven Verhältnis zwischen Staat und Kirche in diesem Lande, den man in der aktiven Beteiligung der Regierung an der Wenzelsfeier wohl sehen kann, nur in jeder Hinsicht begrüßen. Voraussetzung dafür aber ist es, daß auf den Glanz dieser ungehörten Festtage ein langer geistlicher Werttag friedlicher Zusammenarbeit an der Erhaltung und Wiedererweckung der christlichen Kultur folgt. Sonst würde das Licht, das in diesen Tagen vom Gradstein und von ganz Prag aus weit ins böhmische Land hinausstrahlt, sehr bald wieder tiefem Schatten Platz machen.

Und noch eins: Der namhafte Prager Universitätsprofessor Dr. K. Hilgenreiner nimmt die St. Wenzelsfeier zum Anlaß, in der von ihm herausgegebenen Monatschrift „Zeitenwächter“ darauf hinzuweisen, daß selbst die Katholiken des tschechoslowakischen Staates noch heute im Leben und Wirken durch eine tiefe Klüftung getrennt seien. Er beklagt es, daß die Katholiken einer Sprache nur blutwenig von den Katholiken der anderen Sprache wüßten und daß gemeinsame Aktionen fast ausgeschlossen seien, obwohl nicht nur Dörfer, sondern sogar Pfarrsprengel oft national gemischt sind. Hilgenreiner weist demgegenüber darauf hin, daß die Kommunisten der beiden nationalen Lager im Lande eine gemeinsame Organisation haben. Er fordert als Ausfluß der Wenzelsfeier endlich entscheidende Schritte zur Behebung dieses bedauerlichen Mangels. In der Tat kann die Erinnerung an das Wirken des heiligen Herzogs Wenzel — richtig ausgewertet — zum Prüfstein für die künftige kirchliche Entwicklung dieses Landes werden. Und die vollendete St. Wenzelsfeier würde dann zum prächtigen Symbol dieser Einigung.

Wenn man St. Wenzeslav auch in erster Linie als Nationalheiligen verehrt, so reicht seine kirchliche Bedeutung doch weit über die Grenzen seines Landes hinaus, ist in gewissem Sinne Gemeingut der katholischen Weltkirche. Und die St. Wenzels-Tradition betont gerade die Beziehungen des Heiligen zur deutschen Kultur, und erinnert daran, daß der Herzog Wenzel einst im Anschluß an diese das Wohl seines Landes zu mehrer suchte und vorzüglich deutsche Rönche zur Ausbreitung der christlichen Kultur in sein Land rief. Er soll es gewesen sein, der das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen nicht auf Entschärfungen des Schwertes, sondern auf friedliche kulturelle Zusammenarbeit abstellte. Und wenn die jüngste staatliche Entwicklung in Mitteleuropa in irgendeiner Hinsicht noch gewisse Sentiments zurückgelassen haben sollte, dann könnte die St. Wenzelsfeier auch in dieser Hinsicht ein Symbol dafür sein, daß das Wohl dieses mittlereuropäischen Landes in ganz besonderem Maße von einer gedeihlichen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarländern bedingt ist, wie sie sich zweifellos in den letzten Jahren erfreulicherweise angebahnt hat. Wenn Kirche und Staat gemeinsam in diesem Sinne die Wenzels-Tradition in den Mittelpunkt des neuen tschechoslowakischen Staates gestellt haben, dann können wir uns davon nur legensvolle Auswirkungen erhoffen.

Sindenburgs Geburtstag

Berlin, 2. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg feiert heute in aller Stille seinen 82. Geburtstag. Von offiziellen Festlichkeiten aus diesem Anlaß ist Abstand genommen worden, da sich der Reichspräsident an diesem Tage auf dem Lande befindet.

Dresden, 2. Oktober.

Die sächsische Regierung hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gesandt:

„Die sächsische Regierung beehrt sich, Ihnen, Herr Reichspräsident, zum Geburtsfest, an dem Sie das 82. Lebensjahr vollenden, ihre herzlichsten Glückwünsche zu erwirken. In Ehrfurcht und Liebe steht das deutsche Volk in allen seinen Schichten zu Ihnen. Es verehrt in Ihnen das Symbol der großen deutschen Vergangenheit und zugleich die Verkörperung selbstloser Arbeit an einer besseren deutschen Zukunft. Möge ein glückliches Geschick Sie dem deutschen Vaterlande noch lange erhalten.“

Arbeit für den Landtag

Fünf Regierungsvorlagen

Dresden, 2. Oktober.

Dem Landtag, der am 21. Oktober wieder zusammentritt, sind die angeführten Vorlagen der Regierung zugegangen. Zwei davon sind Wiederholungen der dem vorigen Landtag vorgelegten Gesetzentwürfe, die jedoch wegen der Auflösung des Landtags nicht vorbeschickte werden konnten. Es sind dies die Vorlagen über die vorläufige Abfindung von Staatsleistungen an die ev. luth. Landeskirche und an die katholische Kirche. Die evangelische Kirche soll, wie erinnerlich, jährlich 2.995.850 RM. erhalten, ferner werden Kirchen- und Hinterbliebenenbezüge der Geistlichen mit 4.064.150 RM. jährlich abgedeckt, und endlich erhält die Landeskirche einmalig 2 Mill. RM. zur Abfindung aller sonstigen Ansprüche. Bei Änderungen der staatlichen Besoldung können sich die Renten entsprechend erhöhen oder erniedern. Die katholische Kirche erhält eine jährliche Woldsummenrente von 63.600 RM., die ebenfalls bei Änderungen der staatlichen Besoldung erhöht oder erniedrigt werden kann. Außerdem erhält sie eine einmalige Abfindung von 10.000 RM. — Die Vorlage über die öffentlichen rechtlichen Religionsgesellschaften regelt deren Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat, den Geistlichen und Beamten und den Mitglieder der Kirche. Beide Gesetzentwürfe sind von uns früher bereits ausführlich besprochen worden, als sie zum erstenmal dem Landtag vorgelegt wurden.

Unter den neuen Vorlagen befindet sich eine über die Abänderung des Stempelsteuergesetzes. Der Landtag hatte 1928 beschlossen, die Regierung um eine Abänderung des Stempelsteuergesetzes zu ersuchen, namentlich sollten Vollmachter für die Arbeitsgerichtsbehörden steuerfrei werden. Die Regierung schickte dem Landtag Änderungen der Steuerhöhe bei einzelnen Tarifstellen vor, sowie auch verschiedene sonstige Änderungen, durch die Gehalt und Tarif mit der gegenwärtigen Reichs- und Landesgesetzgebung und der Rechtsprechung in Einklang gebracht werden. Wegen der unzulässigen Finanzlage muß eine allgemeine Herabsetzung der Steuerhöhe außer Betracht bleiben.

Die nächste Vorlage betrifft die Besteuerung der Wanderlocher. Der Entwurf regelt sowohl die staatliche als auch die gemeindliche Wanderlochersteuer neu. Die Steuer beträgt 300 RM. für jede ansehnliche Woche, doch können für Wanderlocher von geringem Wert ermäßigte Sätze von 150 bis 10 RM. und für Wanderlocher von hohem Wert erhöhte Sätze ohne Beschränkung

auf einen Höchstbetrag als wöchentliche Steuer festgesetzt werden. Beim Heilwerden im Wege der Vertheilung gelten obige Sätze für jeden angefangenen Tag. Die wöchentlichen Bestimmungen regeln Erhebung, Festsetzung und Verteilung der Steuer; die Gemeinden erhalten die Hälfte des übrigen Aufkommens. Der Gesetzentwurf verfolgt das doppelte Ziel der Angleichung der bisherigen Wanderlocher durch den Staat und der Gemeinden und einer Erhöhung des Steuerfußes namentlich gegenüber der bisherigen gemeindlichen Steuer. Richtig soll nur eine, die bisherige Gemeindesteuer mit umfassenbe wöchentliche bzw. tägliche Wanderlochersteuer als Staatssteuer mit halber Beteiligung der Gemeinden erhoben werden.

Der letzte Gesetzentwurf über die Errichtung von Weiräten bei den Bergbehörden hat ebenfalls dem alten Landtag vorgelegen. Solche Weiräte sollen beim Oberbergamt und bei den Bergämtern in Zwickau, Stollberg und Leipzig vorhanden sein. Sie werden vom Finanzministerium für bestimmte Zeit auf Vorschlag der Bergarbeiterkommission ernannt und müssen, soviel Bergarbeiter in den Weiräten vorhanden sind, mindestens 10 Jahre lang als Führer im höchsten Steinkohlenbergbau tätig gewesen sein. Die Weiräte sollen die Bergbehörden in der Ausübung der Arbeiterschutzgesetze unterstützen und können zu diesem Zweck alle Anlagen des Stein- und Braunkohlen-Bergbaus usw. über und unter Tage jederzeit besichtigen.

Aus dem Finanzministerium

Dresden, 2. Oktober.

Gestern fand im Sitzungssaal des Finanzministeriums die feierliche Verabschiedung des in den Ruhestand tretenden Ministerialdirektors Geheimrat Dr. Ing. e. h. J. Just statt. Minister Weber verabschiedete den Scheidenden durch nachdrückliche Würdigung seiner hohen Verdienste. Der Direktor der ersten Abteilung Geheimrat Dr. Gehrbach sprach ihm in gleicher Weise herzliche Abschiedsgrüße und Wünsche aus. Schließlich widmete namens der Räte und Mitarbeiter der zweiten Abteilung des Finanzministeriums Ministerialdirektor Dr. Ing. e. h. Sommer dem Scheidenden warme Worte des Abschiedes. Im Anschluß hieran erfolgte durch Minister Weber die feierliche Einweihung des Ministerialdirektors Dr. Ing. e. h. Sorger in sein Amt als Leiter der zweiten Abteilung des Finanzministeriums.

Politische Zwischenfälle in Berlin

Berlin, 2. Oktober.

In einer Versammlung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei kam es gestern abend in dem Vorort Tegel zu Auseinandersetzungen zwischen Versammlungsteilnehmern und politischen Gegnern. Hierbei erhielt ein Kommunist von unbekanntem Täter fünf Messerstücke. Die Polizei drang nun in den Versammlungssaal ein, durchsuchte die Teilnehmer und beschlagnahmte dabei vorgeschundene Waffen. Fünf Personen wurden wegen unbefugten Waffenbesitzes dem Polizeipräsidenten eingeliefert. In einem Versuch des Saales fanden die Beamten einige Gummiknüttel, Taschenmesser, Schlagringe, Dolche und sechs Pistolen mit Munition. Ein mit Versammlungsteilnehmern besetzter Straßenbahnwagen wurde von politischen Gegnern angehalten und zwei Fenster des Wagens durch Steinwürfe zertrümmert. Das schnelle Eingreifen der Polizei verhütete weiteres Unheil.

Senderion für Abschaffung der Rüstungsausgaben

London, 2. Oktober.

Senderion erklärte gestern in seiner Rede in Brighton über die Abrüstungsfrage, der Völkerbund und der Kelloggpaakt zusammen würden es möglich machen, einen sehr wichtigen Schritt zu tun. Senderion verurteilte die Tatsache, daß England heute etwa 115 Millionen Pfund Sterling für Vorbereitungen auf einen neuen Krieg jährlich ausbebe, gegen 78 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1913/14 und sagte, er würde sehr enttäuscht sein, wenn das Parlament auseinanderginge, ohne daß es der Regierung gelungen wäre, mit Hilfe Hoover's und Macdonalds sowie der Unterstützung des Völkerbundes eine ernste Herabsetzung dieser riesigen Ausgaben zu erreichen.

London, 1. Oktober.

Der Korrespondent der „Times“ in Tokio will wissen, daß auf der gestrigen geheimen Konferenz die japanische Politik in der Frage der Seerüstungsabhandlungen wie folgt festgelegt worden sei: 1. Zustimmung zum Ausschluß des Erlasses von Schlachtschiffen, aber Vorbehalten, um zu verhindern, daß die Westler verflummern. 2. Die japanische Kreuzerflotte soll zu den Flotten Englands und Amerikas im Verhältnis von 70 zu 100 haben. 3. Der Abschaffung der U-Boote soll widersprochen, und es soll in dieser Schiffsflotte Parität verlangt werden. 4. Die Verwendung von Handelschiffen für Kriegszwecke soll eingeschränkt werden.

Shearers Vernehmung

Washington, 1. Oktober.

Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich mit der Rüstungspropaganda der Schiffbauindustrie befaßt, wurde mit der Vernehmung des vielgenannten Agenten Shearer begonnen. Nachdem Shearer den Zeugenstand betreten hatte, bat er um die Erlaubnis, den Sachverhalt in seiner eigenen Weise darzulegen. Er bemerkte dabei, daß er dreißig Minuten mehr erzählen könne, als der Ausschuß in dreißig Tagen zu fragen vermöge. Der Vorsitzende erklärte jedoch, er werde das bisherige Vernehmen der Zeugenvernehmung beibehalten. Shearer erzählte sodann, er habe bei einem von der Marine im November 1928 veranstalteten Essen eine Rede gehalten, und auf Grund dieser Rede sei die gesamte Schiffbauindustrie an ihn herangetreten. Am 30. November desselben Jahres habe er ein Schreiben von einem gewissen Horner erhalten, den er als einen Art Assistenten Walmans, des Vizepräsidenten der Bethlehem Schiffbaugesellschaft, bezeichnete. Shearer behauptete, Schwab, der Präsident der Bethlehem Steel Company, habe ihn an Horner

verwiesen, der ihm wiederum mit Wafeman bekannt machte. Wafemann hätte zu ihm gesagt: „Wir denken, Sie sollten nach Washington gehen und versuchen, eine Entscheidung des Kongresses hinsichtlich der Kreuzerfrage herbeizuführen.“

Er habe nicht den Festschlag der Konferenz erstrikt, sondern lediglich seinen Vortrag und seine Fähigkeiten dazu bemüht, zu erfahren, wie die Dinge stünden. Er sei stets bemüht gewesen, eine Einigung irgendwelcher Art herbeizuführen. Auf eine diesbezügliche Frage erklärte Shearer, er sei niemals Alkoholmischer gewesen und sei auch niemals in London beschuldigt worden, einen Wechsel von 750 Pfund Sterling gestohlen zu haben.

Kontreadmiral J. A. Reeves, nahm gegen die Aussage des Zeitungskorrespondenten Drew Pearson Stellung, der am vergangenen Donnerstag vor dem Ausschuß erklärt habe, daß während der Genfer Marineabrüstungskonferenz von 1927 vier amerikanische Marineoffiziere in der Halle eines Genfer Hotels mit Shearer zusammengekommen seien und übereinstimmend Äußerungen geäußert hätten, die antibritisch und der Konferenz nicht günstig waren. Demgegenüber stellte Kontreadmiral Reeves fest, daß er selbst niemals der Hoffnung auf ein Scheitern der Konferenz von 1927 Ausdruck gegeben habe.

Hungertod dreier englischer Forscher

Ottawa, 2. Oktober.

Die Leichen von drei englischen Forschern, die im Jahre 1925 die Nordwestküste der Hudson-Bay zur Durchquerung der über den Nordpolen verlaufenden Landstrecken verlassen, sind in einer eisigen Hölle entdeckt worden. Ein Tagebuch, das in der Hölle gefunden wurde, enthält einen traurigen Bericht über den Kampf der drei Forscherreisenden gegen den herannahenden Hungertod. Die letzte Mitteilung war auf dem Olen geschrieben und gab bekannt, daß das Tagebuch im Ofen selbst zu finden sei. Neben dem Tagebuch befand sich das Testament, das einer der Forscher hinterlassen hatte.

Ein neues Kolpinghaus in Mainz

Zugleich mit seinem 78. Stiftungsfest feierte der katholische Gesellenverein in Mainz am Sonntag die Einweihung des neuen Kolpinghauses auf der Großen Bleiche. Es ist erst zum Teil angebaut. Das neue Heim ist in einer früheren Wohnhölle untergebracht. Es ist dreigeschossig und enthält neben den Aufenthaltsräumen Schlafstätten für 44 Personen. Auch die Deutsche Jugendkraft hat hier ihre Geschäftsräume.

Ein Vrenstetind Bismarck geboren

Kaiser Otto von Bismarck, der an der deutschen Reichshalle in London tätig ist, zeigte am Sonntagabend die Geburt eines Tochter an. Otto von Bismarck ist seit dem 18. April 1928 mit der Tochter des schwedischen Professors Geheimrat Tengborn verheiratet.

* **Jahresplanwechsel** am 6. Oktober. Am 6. Oktober 1929, des Tages, an dem in den Ländern mit Sommerzeit die weiteuropäische Zeit um eine Stunde zurücktritt, beginnt bei der Deutschen Reichsbahn der Winterfahrplan. Die nur im Sommer geltenden Züge fallen von diesem Zeitpunkt ab fort. Im übrigen treten Änderungen von allgemeiner Bedeutung nicht ein.

* **Bei einem Gerüststurz** auf dem Gelände der Regensburger Zuckerfabrik erlitten vier Arbeiter schwere Verletzungen, denen einer bald darauf erlag.

* **Das Luftschiff „Graf Zeppelin“** ist Mittwoch früh 8 1/2 Uhr unter Führung Dr. Eckerters mit 35 Passagieren zu seinem vierten Schweißjahr aufgelesen.

* **Engländer** ist in der Nacht zum Mittwoch bei der Einfahrt in den Bahnhof Vichtenfels der beschleunigten Personenzug Berlin-München. Einige Reisende wurden leicht verletzt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwart

Witterungsaussichten. Fortbestand des wechselhaften und besonders im Gebirge größtenteils auch unruhigen Herbstwetters. Zeitweiliges Aufklaren wechselnd mit Einbrüchen und Regenschauern. Temperaturen erheblich schwankend, im Hochlande tagsüber vorwiegend mild. Südwestliche bis nordwestliche Winde zum Teil besonders im Gebirge lebhaft.